# Wilsdruffer Nachrichten

## Tageszeitung für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis einschließlich der Beilagen beträgt frei ins Haus monatlich Mk. 2.—, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich Mk. 2.— Für unverlangt eingehende Manuskripte ist Rückporto beizufügen, andernfalls übernehmen wir keine Garantie. Verlag: Wilsdruffer Nachrichten, Wilsdruff i. Sa. Druck: Clemens Landgraf Nachfolger, Freital. Leitung der Redaktion: Wildhald Stelle, verantwortlich für den Textteil: Ernst Braun, beide in Freital, für Anzeigen: Albert Schiller in Wilsdruff. Wir behalten uns aus technischen Gründen ausdrücklich das Recht vor, Anzeigen aus den Wilsdruffer Nachrichten auch in anderen Zeitungen unseres Verlages abzudrucken.

Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff
Dresdner Straße 62 - Fernsprecher: Nr. 445

Der Anzeigenpreis beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Reklamen die viergespaltene Petitzeile 80 Pfg. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig, bei verspäteter Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt bei verspäteter Zahlung, Klage oder Konkurs des Auftraggebers. Für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für die Richtigkeit von Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, wird keine Garantie übernommen. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Lesegeldes. Erfüllungsort: Wilsdruff.

35 — Montag, den 25. Mai — 1925


# Neue Wendung in der Sicherheitsfrage?

### Die Haltung Englands und Frankreichs

Die Erörterungen über die Sicherheitsfrage beginnen wieder in den Vordergrund zu treten. Während noch vor wenigen Tagen auf Grund der Aeußerungen französischer diplomatischer Kreise in Deutschland der Eindruck entstanden war, als beabsichtige Frankreich die Sicherheitsfrage verzögernd zu behandeln und vor der Regelung des Entwaffnungskonflikts keine ernsthafte Prüfung der deutschen Vorschläge vorzunehmen, ist jetzt durch einen Schritt Englands das Sicherheitsproblem in seiner ganzen entscheidenden Bedeutung wieder aufgerollt worden. Im Berliner Auswärtigen Amt liegen sogar Mitteilungen der deutschen Botschaft in London vor, aus denen hervorgeht,

**daß die Diskussion über den Garantiepakt gegenwärtig sowohl in London als auch in Paris einen überaus regen Umfang angenommen hat.**

Namentlich in England ist augenblicklich nur noch von dem Friedenspakt die Rede, sodaß die französische Regierung sich jetzt genötigt sehen durfte, aus der bisher geübten Zurückhaltung herauszutreten.

Die englische Regierung hat sich übrigens die französische Forderung zu eigen gemacht, wonach

**die Beteiligung Deutschlands am Völkerbund Vorbedingung für die Durchführung des Garantiepaktes sei.**

Die englische Diplomatie hat sogar ein ganzes Programm aufgestellt, das gegenwärtig von deutscher Seite eingehend geprüft wird. Zum Teil decken sich die englischen Auffassungen mit dem bereits von der Reichsregierung geäußerten Standpunkt. Namentlich in der Frage der Ostgrenzen, die bei den kommenden Erörterungen eine wesentliche Rolle spielen werden, ergibt sich volle Uebereinstimmung zwischen Berlin und London.

**Es zeigt sich daher, wie völlig abwegig es war, wenn in der ausländischen Presse behauptet wurde, die Reichsregierung stehe im Begriff, ein neues Sicherheitsprogramm auszuarbeiten, das die Ostprobleme in Rechnung stelle.**

Wie wir hören, denkt die Reichsregierung nicht daran, über diese Frage mit den Westmächten zu diskutieren. Sie hält daran fest, daß Deutschland im Osten seine Handlungsfreiheit behalten muß.

Nach Lage der Dinge ist zu bezweifeln, ob in der Sicherheitsfrage schon jetzt eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden kann. Aus dem Vorgehen der englischen Regierung geht aber hervor,

**daß es niemals zu einer wirklichen Beseitigung der noch bestehenden Konfliktstoffe kommen wird, wenn nicht in absehbarer Zeit ein Pakt zwischen Deutschland und den Westmächten getroffen wird.**

Die Aeußerungen des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini über die Teilnahme Italiens am Sicherheitspakt werden von den Berliner Regierungskreisen teilweise doch sympathisch beurteilt. Abgesehen von den bedauerlichen Meinungsverschiedenheiten, die jetzt in der Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland durch die Erklärungen Mussolinis geschaffen worden sind, erscheint es der Reichsregierung für durchaus opportun, wenn Italien erklärt, an dem Garantiepakt teilnehmen zu wollen und wenn Mussolini von

**einem Fünfmächte-Abkommen**

spricht. Die Reichsregierung hält ein Fünfmächte-Abkommen für durchaus zweckmäßig, ist aber der Meinung, daß die Grundlagen des Paktes sich in der Hauptsache auf die Festlegung der deutschen Westgrenzen beziehen. Wenn Italien als Garantiemacht teilnehmen wolle, so würde dadurch der Wert des Abkommens zweifellos erhöht werden. Im übrigen bestehen zwischen Deutschland und Italien gute Beziehungen, sodaß die italienischen Wünsche kaum irgendwelche Komplikationen hervorrufen würden.

**Allerdings müsse Italien seinen Standpunkt in der Anschlußfrage entschieden revidieren.**

Mit der Frage, ob Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund eine Vorbedingung für das Zustandekommen des Garantiepaktes erfüllen müsse, hat sich die Reichsregierung überhaupt noch nicht beschäftigt. Es bleibt abzuwarten, ob die alliierten Regierungen tatsächlich eine solche Bedingung an Deutschland stellen werden. Sollte dies der Fall sein, so würde dadurch zweifellos für die Reichsregierung eine schwierige Lage geschaffen, die aber nicht unbedingt mit dem Scheitern der Sicherheitsbestrebungen gleichbedeutend sein würde.

## Erdbebenkatastrophe in Japan

### Drei größere Städte zerstört

Die „Evening News" melden aus Tokio: Sonnabend vormittag gegen 11 Uhr wurden die Städte Osaka, Kobe und Kyoto von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht. Zahlreiche große Geschäftshäuser wurden beschädigt, kleinere Gebäude stürzten in sich zusammen. Infolge telegraphischer Störungen liegen nur Teilberichte aus den betroffenen Bezirken vor. Es wird behauptet, daß dies das größte Erdbeben in dieser Gegend seit 30 Jahren gewesen ist. In den betroffenen Städten herrscht wildeste Verwirrung. Alle Menschen halten sich aus Furcht, bei einem neuen Erdstoß unter den Trümmern der Gebäude begraben zu werden, in den Straßen auf. Soweit sich bisher übersehen läßt, ist der größte Schaden in dem Seehafen Toyooka in der Provinz Tango angerichtet worden. Die Stadt selbst steht in Brand und bildet, wie weitere Berichte besagen, ein einziges Feuermeer. Die Bevölkerung, etwa 10 000 Menschen, befinden sich in voller Flucht. Der in Toyooka erwartete Eisenbahnzug ist ausgeblieben. Es wird angenommen, daß er im Aschinaritunnel, der durch die starken Erdstöße einstürzte, unter den Trümmern begraben wurde. Das Silberbergwerk Ikuno, das größte in ganz Japan, erlitt schwere Beschädigungen durch den Einsturz mehrerer Stollen. Sechs auf Osaka und Toyooka abgesandte Militärflugzeuge berichten den Tod von etwa 80 Personen in den kleinen Städten Kuniyama, Fukunsi und Fukuchi. Dies zeige, daß die Zahl der Opfer groß ist. Ueberall in den heimgesuchten Gegenden herrscht furchtbare Panik. Eine Reutermeldung aus Osaka besagt, daß Tokio und Jokohama vom Erdbeben nicht berührt worden sind. Einer weiteren Meldung aus Tokio zufolge sind Aerzte und Sanitätsmannschaften des Roten Kreuzes mit Rettungsmaterial aller Art so rasch wie möglich nach dem Erdbebengebiet abgesandt worden.

„Star" meldet hierzu ergänzend aus Tokio, daß die Städte Kinosaki und Toyooka (80 Meilen nördlich von Kioto), wie angenommen werde, von dem Erdbeben und der darauffolgenden Feuersbrunst völlig zerstört worden seien. Jeder Verkehr nach dem durch das Erdbeben heimgesuchten Teil an der Westküste Japans sei lahmgelegt.

Reuter meldet aus Osaka: Ein Flugzeug mit Reportern und Photographen ist aus dem Erdbebendistrikt hier angekommen; es wird versichert, daß die Katastrophe von ähnlicher Heftigkeit gewesen sei, wie das große Erdbeben im September 1923. Aus Toyooka wird gemeldet, daß Tausende ohne Unterkunft seien. Der Einsturz von Mädchenschulen hat zahlreiche Unfälle herbeigeführt. 200 Personen sind tot, auf 400 werden die Verletzten geschätzt.

„Neuyork Herald" berichtet, der Schiffsverkehr an der Westküste sei unterbunden. Man befürchtet, daß auch eine Sturmflut gewütet hat. Eisenbahnzüge in vollster Geschwindigkeit seien entgleist. Nach dem Erdbeben brach in Kinosaki eine Feuersbrunst aus. Mehr als 600 moderne Häuser seien eingestürzt. Am stärksten in Mitleidenschaft gezogen ist die Gegend im Nordwesten der Provinz Tajima längs der Eisenbahnlinie nach Saninda.

*

### 1500 Todesopfer

**Osaka, 24. Mai. Reuter. Das Erdbebengebiet ist nicht größer als 25 Quadratmeilen. Die Verluste werden auf 1500 Menschenleben, die an Material auf 70 Millionen Yen geschätzt.**

### Volksentscheid über die Reichsfarben

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, rechnet man damit, daß es in der Frage der Aenderung der Reichsfarben zu einem Volksentscheid kommen wird. Da im Reichstag wegen des verfassungsändernden Charakters der angekündigten Vorlage über die Aenderung der Reichsflagge eine Zweidrittel-Mehrheit vorhanden sein muß, werde es nicht möglich sein, eine Entscheidung auf parlamentarischem Wege herbeizuführen.

### Der deutsch-spanische Handelsvertrag

(Eigener Informationsdienst.)

Um die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrags wird gegenwärtig in den parlamentarischen Kreisen lebhaft diskutiert. Es scheint, daß die Aussichten einer Annahme sich wesentlich gebessert haben, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion sich doch noch dazu entschließen wird, auf ihrer ablehnenden Haltung zu verharren. Jedenfalls wird es bei der bevorstehenden Entscheidung im Reichstag zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommen, bei denen Außenminister Dr. Stresemann neue Erklärungen abgeben wird.

### Der Berliner österreichische Gesandte und die Anschlußfrage

(Eigener Informationsdienst.)

In der Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland sind zwischen dem österreichischen Gesandten in Berlin Dr. Riedl und der Wiener Regierung ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen. Gesandter Dr. Riedl ist als Anhänger der großdeutschen Partei nachdrücklicher Verfechter der Anschlußbewegung, während der neue österreichische Außenminister Dr. Mataja eine absolut anschlußfeindliche Politik betreibt. Es ist daher möglich, daß Dr. Riedl infolge des Konflikts den Berliner Gesandtenposten verläßt.

### Julius Barmat aus der Haft entlassen

Auf die weiteren Vorstellungen der Rechtsanwälte Bahn, Schwersenz, van Deuren und Davidsohn hat das Kammergericht die ursprünglich auf 200 000 Mark festgesetzte Kaution auf 45 000 Mark ermäßigt. Dieser Betrag ist durch die Rechtsanwälte Dr. Schwersenz und Dr. van Deuren sofort hinterlegt und daraufhin Julius Barmat aus der Charitee in seine Wohnung entlassen worden.

### Landtagswahlen in Oldenburg

Nach den gestrigen Landtagswahlen in Oldenburg wird sich der neue Landtag wie folgt zusammensetzen: Zentrum 10, bisher 10, Sozialdemokraten 9, bisher 12, Demokraten 5, bisher 9, Landesblock der Vereinigten Rechtsparteien 14, bisher 14, Völkische 1, bisher 1, Kommunisten 0, bisher 2 Vertreter. Es wurden insgesamt 39 Abgeordnete gewählt gegen bisher 48. Es stehen 24 Abgeordnete der bisherigen Koalitionsparteien 15 Abgeordnete der Rechten gegenüber.

### Die künftige Politik des Zentrums

In politischen Kreisen sieht man mit einiger Spannung der künftigen Taktik der Zentrumspartei entgegen, die, wie aus den Erklärungen maßgebender Zentrumskreise hervorgeht, gegenüber der Linken mehr Handlungsfreiheit zurückgewonnen habe. Vorübergehend wollen die Zentrumspolitiker in allen wichtigen innenpolitischen Fragen absolut selbständig vorgehen und sowohl nach rechts als auch nach links hin keinerlei parlamentarische Bindungen eingehen. Diese Politik ist das Ergebnis langwieriger Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumspartei, bei der der rechte Flügel es durchgesetzt hat, daß die Partei in Zukunft ihre Unabhängigkeit vom Weimarer Block betonen soll. Eine gewisse Rechtsorientierung scheint also im Zentrum allmählich einzutreten, wenn auch die Richtung Marx darauf besteht, daß das Zentrum keine Politik der überstürzten Verfassungsänderungen mitmachen dürfe.

Die Neuorientierung der Zentrumspolitik wird sich in den nächsten Tagen bereits äußerlich zeigen, indem die Mehrheit der Zentrumsfraktion des Reichstages sowohl die Steuerreform der Regierung als auch die Zollvorlagen in der Hauptsache annehmen wird. Weiterhin ist es sehr wahrscheinlich, daß unmittelbar nach den Pfingstfeiertagen neue Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei einsetzen werden, die sich um die preußische Regierungsfrage drehen und deren Ziel es ist, das Zentrum enger an die Regierung Luther anzuschließen. Diese Verhandlungen werden für die parlamentarische Situation insofern von Bedeutung sein, als dadurch möglicherweise die bisher mißglückte Umbildung des Reichskabinetts Luther wieder in ein akutes Stadium eintreten kann. In den volksparteilichen Kreisen macht sich immer fühlbarer das Bestreben geltend, das gegenwärtige Reichskabinett mehr auf die Parteien der Mitte zu stützen. Die Position des Reichskanzlers Dr. Luther müsse zweifellos von den Mittelparteien gestärkt werden, wenn nicht die Gefahr eintreten soll, daß die innenpolitischen Gegensätze wieder schärfere Formen annehmen.

Der Zentrumsführer Marx, der nach Pfingsten wieder in Berlin eintreffen wird, dürfte nach seiner Rückkehr wieder eine große Rolle in der inneren Politik spielen. Es ist zurzeit noch unbestimmt, ob er dazu berufen werden wird, die preußische Regierungsfrage wieder in Fluß zu bringen, oder ob er ein wichtiges Ministerium in der Reichsregierung erhalten soll. Bekanntlich sind derartige Erwägungen schon seit längerer Zeit im Gange, aber Marx hat es aus Gründen der Loyalität gegenüber den anderen Weimarer Parteien abgelehnt, irgendeine neue Mission in der Regierungsfrage zu übernehmen, solange nicht in Preußen eine Klärung geschaffen ist. Marx will aus grundsätzlichen Erwägungen heraus den anderen Weimarer Parteien nicht in den Rücken fallen, und es hängt daher sehr viel davon ab, inwieweit namentlich die Demokraten der Neuorientierung der Zentrumspolitik nachfolgen werden. Wenn auch die Zentrumspartei an sich keine Bindungen mehr mit den Weimarer Parteien anerkennt, so steht Marx in einem gewissen Gegensatz zu den Absichten der Reichstagsfraktion. Es verlautet, daß er fest entschlossen sei, von der Führung der Partei zurückzutreten, wenn die neue Taktik etwa dazu führen sollte, eine engere Fühlungnahme nach rechts herzustellen und die Partei den Demokraten und Sozialdemokraten gegen-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF